

Die Coronapolitik und die Demokratie

Studien zur Vulnerabilität der Gesellschaft

Herausgegeben von
Martin W. Schnell und Christine Dunger

288 Seiten · broschiert · € 39,90

ISBN 978-3-95832-436-7

© Velbrück Wissenschaft 2026

MARTIN W. SCHNELL/CHRISTINE DUNGER

Die Coronapolitik und die Demokratie

Studien zur Vulnerabilität der Gesellschaft

Die Covid-19-Pandemie (2020 bis 2023) war eine Herausforderung für Individuen ebenso wie für die Gesellschaften der Welt. Sie konfrontierte diese mit ihrer Endlichkeit. Um dieser Herausforderung der Vulnerabilität erfolgreich zu begegnen, implementierten Regierungen Schutzmaßnahmen. Diese dienten der Rettung von Menschenleben und der Wahrung des Rechts auf Gesundheit. Die Pandemie im Sinne einer weltweiten Krise ist vorüber und wir befinden uns heute in einer Phase der Aufarbeitung, unterstützt durch eine Enquetekommission. Gleichwohl fällt dies der Politik in Deutschland schwer, wie Schlagzeilen seit dem Ende der Pandemie zeigen.

Schlagzeilen

»Ampel ringt weiter um Corona-Aufarbeitung.« (FAZ, 04. Okt. 2024). – »Eine bundespolitische Aufarbeitung der Pandemie wird es nicht geben. Die Ampelfraktionen haben sich auf keine Form dafür einigen können.« (FAZ, 18. Okt. 2024) – »Gerichtspräsident fordert Corona-Enquetekommission zur Aufarbeitung der Pandemie.« (FAZ, 21. Nov. 2024) – »55% der Bürger in Deutschland sagen, dass die Coronapandemie besser aufgearbeitet werden muss.« (Die Zeit, 19. Dez. 2024, Infas Okt. 2024) – »Zwingt euch! Die Aufarbeitung der Pandemie gehört endlich ins Parlament.« (FAZ, 31. Dez. 2024) – »Ich bin für eine umfassende Aufarbeitung – auf allen Ebenen.« (Karl Lauterbach, Die Zeit, 16. Jan. 2025) – »Ich halte es für unabdingbar, dass Transparenz hergestellt wird, damit wir möglichst viele Menschen zurückgewinnen, die in der Pandemie an der Demokratie und ihren Institutionen gezweifelt haben.« (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, FAZ, 15. März 2025)

Im Sinne des Wortes des Bundespräsidenten entschied der Bundestag im Juli 2025, dass eine Enquetekommission eingesetzt wird. Diese konstituierte sich am 08. September 2025. Ihre Aufgabe ist es zu prüfen, was sich aus der Politik während der Corona-Pandemie für künftige Krisen lernen lässt und ob dann eine klare Kommunikation von Zielen möglich sein wird. Der Bericht dieser Kommission soll Mitte 2027 vorliegen.

Neben dem politischen Streit existieren gleichwohl bereits weitere Ansätze der Aufarbeitung der Pandemie. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) legte 2023 die Förderrichtlinie: »Gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie. Forschung für Integration, Teilhabe und Erneuerung« auf. Der Lehrstuhl für »Sozialphilosophie und Ethik im Gesundheitswesen« der Universität Witten/Herdecke ist daran beteiligt. Die Förderrichtlinie ist Hintergrund des Projekts *Die Coronapolitik und die Demokratie*. Während das BMBF-Projekt in die Zukunft schaut und sich mit künftigen Großkrisen befasst (vgl. dazu: Dunger/Schnell 2026), dient das vorliegende der Aufarbeitung durch Rückschau.

Wann setzt die Aufarbeitung der Coronapolitik an?

Um nicht in die Falle einer retrospektiven Besserwisseri zu laufen, ist es sinnvoll, dass eine kritische Betrachtung der Coronapolitik etwa gegen Ende 2020 einsetzt. Sie akzeptiert damit, dass die staatliche Coronapolitik im ersten Jahr der Krise den Ereignissen hinterherlaufen musste und vor dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 keine intensiven Diskussionen in der Öffentlichkeit führen konnte. Was stand am Anfang und was passierte, nachdem der erste Schrecken durchlebt war?

Dezember 2019: in der Presse wurde vom Wuhan-Virus berichtet, das neuartig sei und erstmals in Wuhan (China) aufgetreten sei, möglicherweise von Fledermäusen auf den Menschen übertragen oder durch einen Laborunfall.

Januar 2020: der erste Fall konnte von Covid-19 in Europa (Paris) nachgewiesen werden. Kurze Zeit später auch in Deutschland. Gesundheitsminister Spahn erklärte damals wahrheitsgetreu, dass Patienten grippeähnliche Symptome zeigten und für die deutsche Bevölkerung keine Gefahr zu befürchten sei.

11. März 2020: die WHO erklärt die bisherige Epidemie dann offiziell zu einer weltweiten Pandemie. Das Ringen um Leben und Tod, die Entwicklung und Bestellung von Impfstoffen, die Geschichte des Lockdowns und der Beschränkung von Freiheiten, das Öffnen der Schere zwischen Coronaleugnung und dem fürchterlichen Sterben von Menschen in Altenheimen und auf Intensivstationen begann.

Ab Ende 2020

16. Nov. 2020: Bundeskanzlerin und Ministerpräsidentinnen und -präsidenten entglitt die Bemühung um die Festlegung einer landesweiten

Strategie, die von allen Verantwortlichen mitgetragen und von der Bevölkerung befolgt wurde (vgl.: Gloger/Mascolo 2021).

Ende 2020: Ein Lockdown wurde festgelegt, der bis Weihnachten konsequent dauern sollte und der ab Weihnachten mehr Freiheiten zulassen würde. Statt harter vier bis sechs Wochen dauerte der Lockdown in Wirklichkeit 8 Monate an (von Anfang November 2020 bis Ende Juni 2021), in manchen Bereichen der Gesellschaft (Kultureinrichtungen, Großveranstaltungen) sogar 16 Monate und im Kulturbetrieben auch noch länger.

24. März 2021: Am 24. März 2021 entschuldigte sich Bundeskanzlerin Merkel für die von ihr mitverantworteten, aber nicht allein getroffenen Coronaschutzmaßnahmen im Deutschen Bundestag bei der Bevölkerung. Die Bürger sollten an Gründonnerstag eine sog. Osterruhe einhalten und keine Verwandten treffen, aber mit dem voll besetzten Flugzeug auf die Urlaubsinsel Mallorca reisen dürfen. An diesem Tag soll Merkel auch hinter verschlossenen Türen ihren Rücktritt angeboten haben.

März 2021: Die *Deutsche Bahn* hatte in ihren Zügen (bis auf die Maskenpflicht) kein Hygienekonzept umgesetzt. Es war möglich, erlaubt und üblich, in einem Abteil(!) der 1. Klasse auf 4 m² mit Menschen aus drei verschiedenen Haushalten über viele Stunden zu sitzen. Zeitgleich mussten in den Innenstädten Schreibwarenläden, in denen sich zumeist nur wenige Kunden für kurze Zeit aufhalten, geschlossen bleiben.

April 2021: Ein bundeseinheitliches Infektionsschutzgesetz wird erlassen.

Ab Mai 2022 sind eine allgemeine Impfpflicht mit Blick auf den Jahreswechsel 2022/3 im Bundestag abgelehnt und nebenbei nahezu sämtliche Schutzmaßnahmen, wie teilweise auch die Maskenpflicht, zu freiwilligen Einschränkungen erklärt worden. Die Bevölkerung wurde einer Durchsuchung ausgesetzt, während sie bis dahin durch Isolation und Wegsperrung geschützt werden sollte.

31. April 2023: Bundestagsdebatte über Bericht der Auswirkungen der Coronamaßnahmen auf Kinder und Jugendliche. Die Coronapolitik ist Anlass zur Artikulation von Impfgegnerschaft, Verschwörungstheorien, Wissenschaftsfeindlichkeit, Antidemokratie.

Und: Der Markt von Wuhan ist bis heute geschlossen. Hätten die Behörden eher, also vor dem 20. Jan. 2020, vor dem Virus gewarnt, wäre der Welt vermutlich viel Leid erspart geblieben.

Die Coronakrise dauerte von 2020 bis 2023.

Eckpunkte der Bewertung der Coronapolitik (ab Ende 2020)

Die Coronapolitik und ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zielten darauf, Leben zu retten und vulnerable Personen zu schützen. Gleichwohl hat diese Politik Schattenseiten. Giorgio Agamben geht in seiner Bewertung gar so weit, die politische Steuerung der Coronakrise als Bedrohung der Demokratie zu betrachten (vgl.: Agamben 2021). Sie etablierte erstens einen Ausnahmezustand, der den Normalbetrieb der Parlamente weitgehend außer Kraft setzte, sie verbreitete zweitens mehr Angst und Schrecken statt Vertrauen zu schaffen, sie reduzierte drittens die Bürger auf deren nacktes biologisches Dasein, sie etablierte viertens eine Herrschaft der Medizin als Deutungsmacht. Die Coronapolitik drängte Bürger durch diese und andere Maßnahmen in die Position potentieller Opfer, da sie Ihnen den Tod durch Corona prophezeite. Darin liegt eine Reduktion der Vulnerabilität auf eine Passivität.

Die Coronapolitik zur Bekämpfung der Pandemie erklärte viele Maßnahmen für alternativlos und das ohne gesellschaftlichen Diskurs. Sie war von zu geringer demokratischer Legitimation durch die Parlamente, so dass im Hinblick auf die Rechtfertigung der Schutzmaßnahmen »nicht nur die fehlende Einbindung des Parlaments gerügt (worden) ist, sondern auch die Schaffung eines föderalen Flickenteppichs.« (Papier 2021, 197). Die Coronapolitik war politisch nicht konsistent, weil mit zu vielen Ausnahmen versehen, nicht logisch für die Bürger nachvollziehbar und nicht in jeder Hinsicht effektiv, weil nicht nachgewiesen wurde, dass sie das Ziel erreicht, welches erreicht werden soll. Warum sind Masken im Wald zu tragen? Die Annahme, dass politische Entscheidungen auf wissenschaftlicher Evidenz beruhen und dass es ein solches Fundierungsverhältnis überhaupt geben könne, ist höchst fraglich. Die Aussage, dass die Pandemie eine »Pandemie der Ungeimpften« sei, ist politisch motiviert. Sie ist durch die Einsichten des *Robert-Koch-Instituts* jedoch nicht gedeckt (vgl. die RKI-Protokolle). Die Coronapolitik ist unter anderem auch eine Ursache für länger anhaltende, psychische, gesellschaftliche und ökonomische Folgen über die unmittelbare Coronakrise hinaus.

Die Coronapolitik und die Demokratie

Von John Locke stammt die Grundeinsicht, dass das Volk Vertrauen in die Regierung setzt (Locke II. Abhandl., 149), damit ein Zusammenspiel von Staat und Gesellschaft funktioniert. Während der Coronakrise kam es zu einem sie überdauernden Vertrauensverlust. Die Ansicht,

man könne Politik, Medien und Institutionen nicht mehr trauen, hat zugenommen. Es führt ein Weg von der Coronapolitik zur Situation der Demokratie in der Gegenwart (Mouffe 2022, 53; Latour 2021, 147ff).

Die Coronapolitik stand vor einer Version des klassischen Dilemmas »Freiheit vs. Sicherheit«. Wie auch im Falle anderer außerordentlicher Ereignisse (9/11) konnte das Dilemma nicht allseitig aufgelöst werden.

1. Entscheidung pro Sicherheit: Rettung von Leben und Entlastung der helfenden Berufe.
2. Einschränkung der Freiheit: Reduktion des zu rettenden Leben auf die Biologie (Überleben), Ausschluss des Lebens als a. Lebensgeschichten (z.B. alter Menschen), b. Zusammenleben (Kontakte), c. gutes Leben (Sinn).
3. Die 4 Grundbedeutungen von Leben (vgl.: Löwith 1990, 104ff) wurden somit extrem beschnitten. Giovanni Boccaccio zeigt in *Dekameron*, dass angesichts einer lebensbedrohlichen Krise auch andere Maßnahmen ergriffen werden können.
4. Die Einschränkung der durch das GG geschützten Freiheit ist zu wenig parlamentarisch debattiert worden. Wo war die große Online-Debatte im Bundestag? Frühere Großereignisse (Wiederbewaffnung der Bundeswehr, Abwehr des Terrors durch die RAF) zogen immer eine solche Debatte nach sich.

Bis in die Gegenwart, also die Zeit nach Corona, haltt nach:

5. Der Staat macht den Eindruck, viele Dinge hinter verschlossenen Türen zu klären.
6. Der Staat wird dennoch nicht »Herr der Lage«.
7. Der Staat lässt den Wutbürger den Sinn der Institutionen aushöhlen.

Die Torheit der Regierenden

Was wäre, wenn man die Coronapolitik und die Regierung der Gegenwart dem Torheitstest aussetzt? Barbara Tuchman hat einen solchen Test entwickelt (vgl.: Tuchman 2001, 12f). Politik ist demnach töricht, weil kontraproduktiv für einen Staat, wenn sie erstens Fehler macht, die zu ihrer Zeit und nicht erst im Nachhinein als Fehler erkennbar sind, wenn sie zweitens praktikable Handlungsalternativen unbeachtet lässt und drittens eine Politik betreibt, die von einer Gruppe und nicht nur

von Einzelpersonen unterstützt wird. Beispiele hierfür sind: die Trojaner ziehen das hölzerne Pferd in ihre Stadt, die USA tritt in den Vietnamkrieg ein.

Wie ist die Coronapolitik heute zu bewerten? Was kann aus den Maßnahmen gelernt werden? Bruno Latour rät uns: »Aus dem Lockdown lernen heißt versuchen, daraus Lehren für das Kommende zu ziehen, als könnte Covid als Vorbereitung, als Generalprobe für den Zeitpunkt dienen, an dem eine weitere panische Angst vor einer weiteren Gefahr uns erneut in den Lockdown versetzt.« (Latour 2021, 147)

Diese warnende Aufforderung ist von hoher Komplexität. Die Pandemie hat nicht nur die Vulnerabilität des Individuums herausgestellt, nicht nur die einer Gesellschaft, sondern die der ganzen Welt. Angesichts dessen müssen wir im Falle von Corona und möglicherweise einer neuen, kommenden Großkrise auch die Welt außerhalb Europas im Blick haben, zugleich aber auch bei uns selbst bleiben und auf eine Kopplung der Maßnahmen von Staaten hoffen und warten und aktiv hinarbeiten.

Aufbau des Bandes

Die vorliegenden Beiträge analysieren die Auswirkungen der Coronapolitik auf die Demokratie und die Vulnerabilität der Gesellschaft unter verschiedenen Gesichtspunkten.

Die Pandemie als globale Krise: Burkhard Liebsch erinnert daran, dass die Auswirkungen der Pandemie auf die menschliche Sterblichkeit eine weltumspannende Krise ausgelöst haben, deren Abwehr jede Politik überfordert hat. Diese musste daraufhin zwischen Rettung und Ruinierung menschlichen Lebens navigieren.

Vulnerabilität von Mensch und Gesellschaft: Markus Dederich stellt heraus, dass Menschen mit Behinderungen in der Pandemie selbst nicht zu Wort gekommen sind. Zwar wurden sie zu Beginn der Pandemie, durchaus aufgrund einseitiger Zuschreibungen, als besonders vulnerabel angesehen, sie sind dann aber völlig aus dem Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit herausgefallen. Martin Huth zeigt auf, dass die Coronapolitik ihre Maßnahmen durch eine Rettung vulnerablen Lebens legitimierte. Da nicht klar gewesen ist, welches Leben besonders verletzlich ist, setzt dieser Prozess eine Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Formen der Vulnerabilität voraus. Die Anerkennung dieser ist jedoch ein Problem, da ihr die Tendenz zuwiderläuft, aus Scham die eigene Verletzlichkeit zu verbergen, um sich weiterhin als normal verstehen zu können. Aus diesem Impuls speiste sich ein Teil der Leugnung der Gefährlichkeit von Covid-19. Birger P. Priddat zieht den Schluss, dass die Demokratie aus der Pandemie nichts gelernt habe. Auf die Vulnerabilität

der Gesellschaft reagierte der Staat mit seinen Maßnahmen, die von den Bürgern größtenteils befolgt worden sind. Als Zivilgesellschaft haben die Bürger jedoch nichts Konstruktives zur Bewältigung der Krise beigetragen. Sebastian Luft führt am Beispiel amerikanischer Universitäten die Fragilität und mangelnde Krisenresistenz rein marktwirtschaftlich ausgerichteter Institutionen vor. Aufgrund des Einbruchs von Studierendenzahlen und leerstehender Wohnheime kam es zu Entlassungen an, ja Schließungen von Universitäten. Angehörige ganzer sozialer Klassen wurden ihrer gesellschaftlichen Aufstiegschancen beraubt.

Öffentliche Repräsentation: Katharina Wezel und Katharina Krause analysieren Cover von Zeitschriften, deren Ausgaben während der Pandemie erschienen sind. Durch sie wird eine Nostalgie visualisiert, deren Bilder die Sehnsucht nach einer Gemeinschaft beschwört, in der Frauen wie selbstverständlich die Care-Arbeit ausführen, verbunden mit der Hoffnung, dass eine solche Gemeinschaft auf der Basis eines äußerst traditionellen Frauenbildes weiterhin möglich sein wird. Christopher Huken untersucht am Beispiel der stationären Altenpflege, wie die Implementierung der von der Coronapolitik beschlossenen Maßnahmen zum Schutz des Lebens in der Institution des Altenheims erlebt und öffentlich dargestellt worden sind. Die Pflegenden sahen sich demnach aufgrund der Isolation der Bewohner, der zu tragenden Schutzkleidung und der Vorgaben der Behörden extremen und heterogenen Belastungen ausgesetzt. Die Pflegetätigkeit wurde anfangs beklatscht, später gar als inhuman (»Pflege sperrt Menschen weg«) und als trivial dargestellt (»Pfleger schälen nur Bananen«). Der medialen Repräsentation der Altenpflege widmet sich der Beitrag von Hendrik Watermann in Gänze. Die systematische Auswertung von Leitmedien (TV, Zeitung) zeigt, dass die Altenpflege als weitere Tätigkeit im Feld der Care-Arbeit während der Coronakrise unterrepräsentiert gewesen und verzerrt dargestellt worden ist. Es wurde stets über die Pflege gesprochen. Sie selbst kam aber nicht zur Sprache. Johannes Wally arbeitet das implizite Ethos von Gedichten heraus, die während der Pandemie in Tageszeitungen veröffentlicht worden sind und die inhaltlich die Pandemie thematisieren. Deren Ethos transportiert Haltungen über die Bedeutung von Liebe, Trost, Natur, Teilhabe und Tod und das mit Betonung der Ambivalenz dieser Bedeutungen. Der Vergleich mit KI-generierten Pandemiegedichten zeigt, dass diese, frei von jeglicher Ambivalenz, eine gemeinschaftliche Stärke beschwören, die es für Menschen nicht in gleicher Weise gibt. Im Unterschied zum Menschen kann eine KI keine Todesangst verspüren.

Wissenschaft und Politik: Christine Dunger untersucht anhand der RKI-Protokolle zur Pandemie das Spannungsfeld zwischen Politik und Wissenschaft. Das Robert-Koch-Institut (RKI) liefert wissenschaftliche Erkenntnisse, geht methodisch vor und braucht dafür Zeit. Die Politik muss hingegen auf Tagesereignisse reagieren und dabei noch andere

Ansprüche als nur die der Wissenschaft berücksichtigen. So kommt es dazu, dass das RKI, das dienstrechtlich dem Bundesgesundheitsministerium untersteht, wissenschaftliche Erkenntnisse gewinnt, deren Veröffentlichung politisch aber unerwünscht sind. Dieses Spannungsfeld zwischen Politik und Fachbeamtentum, das bereits Max Weber untersuchte, führte auch im Falle der Pandemie dazu, dass eine evidenzbasierte Politik nicht möglich gewesen ist.

Ethik und Politik: Andreas Brenner legt dar, dass der Staat auf der Grundlage einer angeheizten Angst vor Corona jenseits des Rechts agiert hat, weil er Ausnahmen von geltenden Gesetzen und Grundrechten etabliert hat. Da es dafür keine demokratische Rechtfertigung geben kann, stellt sich die Frage, ob eine ethische Legitimation diese Lücke füllen kann. Martin W. Schnell untersucht in welcher Hinsicht das Vertrauen zwischen Bürgern und Staat durch die Maßnahmen der Coronapolitik erschüttert worden ist. Entstandenes Misstrauen reicht über die Pandemie hinaus, so dass sich die Frage nach den Möglichkeiten für neues Vertrauen zur Stärkung der Demokratie stellt. Martin W. Schnell und Christine Dunger zeigen in einer repräsentativen, landesweiten Untersuchung, die alle Bürger eingeschlossen hat, die nicht durch ihren Beruf zur Hilfe verpflichtet sind, dass Vertrauen in Unterstützung von Menschen in Not ein wichtiges Thema ist. In der Bürgergesellschaft gibt es auch in der schweren Krise, die jedermann potentiell mit dem Tod bedroht, eine Solidarität und Hilfsbereitschaft. Diese speist sich aus Haltungen der klassischen bürgerlichen Moral, da sie sich vornehmlich auf nahestehende Personen bezieht. Fremde, Natur und Tiere werden davon eher nicht berücksichtigt.

Ausblick: Christina Schües beschließt die vorliegenden Studien zur Vulnerabilität der Gesellschaft mit einem Ausblick der besonderen Art. Sie hält darin die Aufmerksamkeit für die Situation von Menschen, die heute, also Jahre nach dem offiziellen Ende der Pandemie noch an deren Folgen leiden, wach. Sie schildert, dass Menschen, die an Long-Covid leiden, ihren Alltag nicht bewältigen können. Die Dauererkrankung bewirkt Einschränkungen in deren Leiblichkeit, enorme Herausforderungen in der Fürsorge um sie und für deren gesellschaftliche Teilhabe. Ohne spezifische Forschung und eine daraus resultierende medizinische Versorgung wird sich diese Situation kaum ändern.

Literatur

- Agamben, G. (2021): *An welchem Punkt stehen wir? Die Epidemie als Politik*, Wien.
 Dunger, C./Schnell, M.W. (2026): *Professionelle Identität und Coping Strategien*, Budapest.

- Gloger, K./Mascolo, G. (2021): *Ausbruch. Innenansichten der Pandemie*, München/Zürich.
 Latour, B. (2021): *Wo bin ich? Lektionen aus dem Lockdown*, Berlin.
 Locke, J. (1977): *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, Berlin.
 Löwith, K. (1990): *Das Individuum in der Rolle des Mitmenschen*, Freiburg/München.
 Mouffe, Ch. (2022): *Eine Grüne demokratische Revolution*, Berlin.
 Papier, H. J. (2021): »Umgang mit der Corona-Pandemie: verfassungsrechtliche Perspektiven«, in: Seibring, A. (Hg.) (2021): *Corona. Pandemie und Krise*, Bonn.
 Tuchman, B. (2001): *Die Torheit der Regierenden*, Frankfurt/M.